



Nr. 40

Berlin, 13. Oktober 2011

## Inhalt:

- [dbb Innovationspreis erstmals verliehen:](#)
- [Bundesvorsitzender würdigt großen Einfallsreichtum und](#)
- [Bürgerorientierung des öffentlichen Dienstes](#) +++
- [Professorenbesoldung vor dem Bundesverfassungsgericht:](#)
- [dbb: Leistungsbezahlung nur als Additum](#) +++
- [Dauderstädt im Gespräch mit saarländischer Ministerpräsidentin:](#)
- [Geminderte Besoldungsanpassung für Betroffene](#)
- [nicht nachvollziehbar](#) +++
- [dbb Chef: „Die Leistung unserer Polizei ist fantastisch!“](#) +++
- [Peter Heesen jetzt DINO-Mitglied](#) +++
- [dbb frauen: Antidiskriminierungsstelle nicht kaputt sparen](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

- [dbb Landesbünde für Rücknahme der Kürzungen beim](#)
- [Weihnachtsgeld](#) +++
- [Delegiertentage beschließen Verschmelzung zur DPolG](#)
- [Bundespolizeigewerkschaft](#) +++

## [Namen und Nachrichten](#) +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **dbb Innovationspreis erstmals verliehen: Bundesvorsitzender würdigt großen Einfallsreichtum und Bürgerorientierung des öffentlichen Dienstes**

**(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion hat am 12. Oktober 2011 in Berlin erstmals seinen dbb Innovationspreis verliehen. „Mit der Auszeichnung wollen wir als gewerkschaftlicher Dachverband Neuerungen im öffentlichen Dienst initiieren, fördern und der breiten Öffentlichkeit als Vorbild bekannt machen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen bei der Preisverleihung im dbb forum berlin.**

„Die öffentliche Verwaltung zeichnet sich durch Innovationsfähigkeit aus, die alle Unkenrufe über Schwerfälligkeit und Unbeweglichkeit Lügen straft. Das bestätigen die fast 100 eingegangenen Bewerbungen. Sie zeugen von einem beeindruckenden Einfallsreichtum, der nicht nur Rationalisierung und Kostenersparnis, sondern auch Bürgerorientierung fest im Blick hat“, sagte Heesen. Was die Menschen im öffentlichen Dienst tagtäglich leisten, mit wie viel Engagement und Kreativität sie zu Werke gehen, das verdient Anerkennung und Unterstützung. „Für den dbb ist es deshalb Ehrensache, diese Ideen und die mit ihrer Verwirklichung verbundene Leistung zu honorieren.“

Der Hauptpreis geht an die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland Pfalz für die Entwicklung einer 3D-Simulationssoftware SAFER zur Ausbildung ehrenamtlicher Helfer im Katastrophenschutz. Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister a. D. und Vorsitzender der Jury, hob in seiner Laudatio hervor, dass die neue Software eine reale Darstellung von Katastrophenszenarien mit bis zu 500 Verletzten ermöglicht. Weil zahlreiche reale Übungen deshalb wegfallen können, werden Kosten gespart. Zudem kann das Einsatzkon-

zept optimiert werden, weil Katastrophensituationen mehrfach durchgespielt werden können. dbb Chef Heesen lobte SAFER als „flexibel, modern und effizient – ein echtes Vorbild“.

Die Jury vergab zwei Sonderpreise. Sie gehen zum einen an das Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen für sein automatisiertes „Slot-Management“ von Baustellen auf Autobahnen und Schnellstraßen. Zeitfenster und Logistik werden dabei so abgestimmt, dass Verkehrsbehinderungen durch parallele Bauarbeiten minimiert werden. Zum anderen wird ein Online-Selbsteinschätzungsprojekt zur Berufsorientierung von Schulabgängern ausgezeichnet, die sich für Ausbildungen in der Hamburger Verwaltung interessieren. Schon vorab können sie anonym prüfen, ob eine echte Bewerbung für sie in Frage kommt.

Die Auszeichnung wird künftig jährlich vergeben und ist mit 50.000 Euro dotiert. Zu den Einreichungen der Erstaufgabe zählten internetbasierte Verwaltungsvereinfachungen, ein Netzwerk für Integrationsprojekte und eine Online-Jobbörse. Bewerbungsschluss für 2012 soll am 31. März sein, kündigte Heesen an. (01/40/11)

## **Professorenbesoldung vor dem Bundesverfassungsgericht: dbb: Leistungsbezahlung nur als Additum**

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat sich anlässlich einer mündlichen Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 11. Oktober 2011 kritisch mit der Professorenbesoldung (W-Besoldung) in Deutschland auseinandergesetzt. Heesen: „Der dbb ist immer für Leistungselemente in der Beamtenbezahlung eingetreten. Diese müssen aber natürlich on top gewährt werden. Wenn man bei den Professoren zunächst die Grundbesoldung um bis zu 25 Prozent absenkt, um sie danach durch Leistungselemente wieder zu ergänzen, ist das mit den Grundsätzen des Berufsbeamtentums unvereinbar.“**

Der dbb Chef bezog sich mit dieser Kritik auf die 2002 beschlossene Reform der Professorenbesoldung, die eine entsprechende

Zweiteilung in Grundbesoldung und Leistungsbestandteile vorsieht.

In dem vorliegenden Fall hat ein Kläger aus Hessen gegen die Höhe der für ihn geltenden W2-Besoldung geklagt, die seiner Auffassung nach einen Verstoß gegen den Alimentationsgrundsatz beinhaltet, da sein Grundgehalt keine dem Amt des Professors angemessene Alimentation darstelle (Az. BVerfG: 2BvL 4/10). Für die Beurteilung der Amtsangemessenheit komme es nur auf die jeweiligen Grundgehälter, nicht auch auf die in Aussicht gestellten Leistungsbezüge an. Der dbb, so Heesen gegenüber dem Bundesverfassungsgericht,

stimme dieser Einschätzung weitgehend zu: „Grundlage für die Besoldungshöhe können nur die Wertigkeit des Amtes, die Qualifikation und die wahrgenommene Verantwortung sein. Der Leistungsgrundsatz ist zentral für das deutsche Beamtenrecht und er sollte auch als zusätzliches Bezahlungselement genutzt werden, um die Motivation der Kolleginnen und Kollegen weiter zu fördern - aber eben nur als Additum.“  
(02/40/11)

### **Dauderstädt im Gespräch mit saarländischer Ministerpräsidentin: Geminderte Besoldungsanpassung für Betroffene nicht nachvollziehbar**

**(dbb) In einem Gespräch mit der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Klaus Dauderstädt noch einmal kritisiert, dass das Saarland bei der Besoldungsanpassung nicht wie die meisten anderen Länder den Tarifabschluss der Tarifgemeinschaft deutscher Länder wirkungsgleich übernimmt. Die Auslassung der linearen Anhebung in 2011 und Verschiebung der Anhebung für 2012 um zusätzliche sechs Monate sei für die Beamten kaum nachvollziehbar, machte Dauderstädt in der Unterredung am 11. Oktober 2011 in Berlin deutlich.**

Kramp-Karrenbauer zeigte Verständnis für diesen Unwillen, verwies aber auf die Notwendigkeit zur Sanierung des Landeshaushalts. Gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wolle ihr Kabinett bis zum Frühjahr 2012 mittels Aufgabenkritik und sektor-spezifisch Aspekte einer nachhaltigen Personalentwicklung definieren, kündigte die Ministerpräsidentin an. Den für Rheinland-Pfalz vorgesehenen Weg einer pauschalen Aufstockung der Besoldung um je ein Prozent in den nächsten fünf Jahren lehnte Kramp-Karrenbauer als nicht gangbar ab.

Angesichts der anstehenden dritten Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV), mit der ein Bundesträger die bisherige regionale Struktur ablösen soll, forderte Dauderstädt, das Saarland solle sich dafür einsetzen, dass „gerade in diesem Zweig der sozialen Sicherheit Versichertennähe und damit Standorte und Arbeitsplätze erhalten bleiben“. Nach dem Entwurf zum LSV-NOG sollen zwar die bisherigen Hauptverwaltungen der Regionalträger als Geschäftsstellen erhalten bleiben, die Zukunft der weiteren Standorte ist aber in die Satzungshoheit der Selbstverwal-

tung gelegt. „Für die LSV Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland bedeutet das zunächst nur Sicherheit für Darmstadt“, kritisierte Dauderstädt.

Anlass für das Treffen war die - jedenfalls vorerst - gescheiterte Vereinigung der gesetzlichen Krankenkassen im deutschen Südwesten. Dort war die schon weitgehend vorbereitete Fusion der AOK Rheinland-Pfalz, der AOK für das Saarland und der IKK Südwest im Disput über den Außenauftritt einer neuen Gesundheitskasse Südwest stecken geblieben. Beide Seiten bedauerten diese Entwicklung und bekräftigten ihre Einschätzung, dass ein solcher Zusammenschluss für die Versicherten und Arbeitgeber in beiden Bundesländern sinnvoll sei. Kramp-Karrenbauer betonte das anhaltende Interesse ihrer Landesregierung, das Vorhaben nicht zu den Akten zu legen. Man müsse in Abstimmung mit der Landesregierung in Mainz die jetzt noch vorhandenen Perspektiven ausloten. Weitere Gesprächsthemen waren die Insolvenz von Krankenkassen und deren Folgen sowie der Rückgang landesunmittelbarer Sozialversicherungsträger.  
(03/40/11)

## dbb Chef: „Die Leistung unserer Polizei ist fantastisch!“

**(dbb) Bei der Festveranstaltung zur Gründung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft am 7. Oktober 2011 in Berlin hat der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen die Fähigkeiten der gesamten Polizei gewürdigt: „Die Leistung unserer Polizei ist fantastisch! Die Kolleginnen und Kollegen gewährleisten jeden Tag unsere Sicherheit und damit unsere Freiheit, denn: Ohne Sicherheit ist Freiheit nichts!“ Heesen warnte zugleich davor, durch weitere Einsparungen bei der Polizei und im öffentlichen Dienst insgesamt, beispielsweise beim Personal, diese Leistungsfähigkeit zu gefährden. „Auf Kante genäht können wir innere Sicherheit auf Dauer nicht gewährleisten“, so Heesen.**

Bei der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft handelt es sich um den Zusammenschluss der Fachgruppe Bundespolizei in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und der bundespolizeigewerkschaft bgv. Die Delegierten der beiden Gewerkschaften hatten am Vortag mit überwältigender Mehrheit für die Verschmel-

zung gestimmt. „Gemeinsam sind Sie stärker und werden noch mehr Erfolg haben“, zeigte sich dbb Chef Heesen überzeugt. „Ihre gemeinsame Arbeit verdient schon jetzt Hochachtung und wird auch zukünftig die volle Unterstützung des dbb haben.“  
(04/40/11)

## Peter Heesen jetzt DINO-Mitglied

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen ist Mitglied der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO) geworden. „Damit haben wir unseren Mitgliederstamm um einen prominenten Deutschen erweitert“, sagte DINO-Sprecher Manfred Erdenberger. „Nach langen Kontakten und wiederholter inhaltlicher und organisatorischer Unterstützung hat sich Peter Heesen bereiterklärt, in den Kreis der nationalen und internationalen Mitglieder aufgenommen zu werden.“**

Peter Heesen sagte: „Eintreten für Frieden und Völkerverständigung ist ein Gebot der Humanität. Unsere kriegerische Welt braucht mehr Humanität. DINO ist ein Sprachrohr für Humanität, weil hier dazu beigetragen wird, Frieden zu schaffen. Dieses Bemühen aktiv zu unterstützen, ist für mich Ehrensache“.

DINO setzt sich als überparteiliche, unabhängige und interreligiöse Organisation für Wege der Zivilgesellschaft hin zu einem dauerhaften Frieden in Nahost ein. Die Mitglieder der seit fünf Jahren bestehenden Initiative engagieren sich ehrenamtlich, unter anderem bei Informationsveranstaltungen und Symposien zum Dauerthema „Nahost“. So diskutierte am 6. Oktober 2011 im dbb forum berlin ein prominent besetztes Podium zum Thema „Ein Staat namens Palästina – Handeln oder Verhandeln?“ Den Abend, der gemeinsam von DINO und dbb veranstaltet wurde, eröffnete dbb-Vize Kirsten Lühmann. „In den vergangenen Monaten ist in der arabischen Welt vieles in Bewegung geraten“, sagte sie. „Von lokalen Protesten über Bürgerkriege bis zum Sturz von

Staatsoberhäuptern: Der ‚Arabische Frühling‘ hat tiefgreifende Veränderungsprozesse in Gang gesetzt. Nicht zuletzt diese Veränderungen hatten auch Auswirkungen auf die seit Jahrzehnten schwelenden Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern. Möglicherweise entscheiden die Vereinten Nationen schon bald über die Anerkennung eines Staates Palästina. Ist die Zeit schon reif dafür? Welche Konsequenzen hätte eine Anerkennung beziehungsweise deren Ausbleiben? Und was bedeutet das alles für die deutsche Außenpolitik?“

Lühmann begrüßte zum Streitgespräch über diese Fragen den luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn, den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Dr. Frank Walter Steinmeier, Elmar Brok, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Salah Abdel Shafi, Generaldelegierter Palästinas in Berlin, Dr. Sylke Tempel, Chefredakteurin „Internationale Politik“ sowie den deutschen UNO-Botschafter a. D. Dr. Tono Eitel.  
(05/40/11)

## **dbb frauen: Antidiskriminierungsstelle nicht kaputt sparen**

**Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, hat davor gewarnt, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) kaputtzusparen. „Bereits jetzt fehlen enorme Gelder, damit die ADS durchschlagend tätig werden kann“, sagte Wildfeuer am 7. Oktober 2011. Wenige Tage zuvor hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages angekündigt, den Etat der ADS von 2,9 Millionen Euro um 367 000 Euro oder rund 13 Prozent auf 2,533 Millionen Euro abzusenken.**

„Damit wird der Haushalt der ADS in dieser Wahlperiode bereits zum dritten Mal gemindert. Aber auch ohne weitere Kürzungen stehen der ADS bereits jetzt zu wenige Mittel für Forschungsaufgaben und die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung“, so Wildfeuers Kritik. Sie forderte die Bundesregierung auf, Mittel aufzustocken statt zu kürzen und den rechtlichen Handlungsrahmen der ADS zu stärken. „Die Antidiskriminierungsstelle könnte schon heute

die führende Instanz sein, die mit versteckter Diskriminierung gegenüber Frauen im Arbeitsleben aufräumt und damit einen enormen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit leistet.“ Doch dazu müsse beispielsweise der Rechtsanspruch auf gleiches Entgelt für gleichwertige Tätigkeiten gesetzlich verankert werden.  
(06/40/11)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **dbb Landesbünde für Rücknahme der Kürzungen beim Weihnachtsgeld**

**(dbb) Nachdem die Bundesregierung am 5. Oktober 2011 die auf Initiative der Fraktionen von CDU/CSU und FDP erarbeitete Formulierungshilfe für ein Gesetz zur Wiedergewährung der Sonderzahlung für die Bundesbeamten beschlossen hat, haben auch Landesbünde des dbb eine Rücknahme der Kürzungen beim „Weihnachtsgeld“ angemahnt.**

Der dbb brandenburg schloss sich der entsprechenden Forderung der Justizbeschäftigten an. Wer im föderalen Wettbewerb um gute Arbeitskräfte nicht hinten anstehen wolle, müsse auch angemessen bezahlen, erklärte der dbb Landesbund am 7. Oktober 2011. Am Vortag hatten sich bereits der brandenburgische Bund der Strafvollzugs-Bediensteten (BSBD) und die Justizgewerkschaft (DJG) in einem offenen Brief an Ministerpräsident Matthias Platzeck gewandt und eine neue Regelung für die Sonderzahlung an die Landesbeamten angemahnt.

Die dbb Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein, Anke Schwitzer, kommentierte den Beschluss der Bundesregierung am 6. Oktober 2011 mit den Worten: „Im Gegensatz zur Landesregierung hat die Bundesregierung erkannt, dass die Streichungen der Sonderzahlungen nicht nur ungerecht, sondern klar falsch sind. Ich erhoffe mir hiervon Erkenntnisgewinne beim Land und eine entsprechende Umsetzung für die Landesbeamtinnen und Landesbeamten

in Schleswig-Holstein. Wer will schon bei einem Arbeitgeber arbeiten, der zur Haushaltskonsolidierung auf ungerechte Gehaltskürzungen beim eigenen Personal setzt?“

Sachsens Beamte seien „stinksauer über das Basta-Gehabe beim Weihnachtsgeld“, erklärte der sächsische beamtenbund sbb am 10. Oktober. Trotz erheblich gestiegener Einnahmen auf Grund des positiven Konjunkturverlaufes wolle Sachsen seinen rund 32.000 Beamtinnen und Beamten kein „Weihnachtsgeld“ mehr zahlen. Dabei brauche der Freistaat wegen der Überalterung in vielen Verwaltungen, bei der Polizei, in den Gesundheitsämtern und auch im Schuldienst dringend gute Fachkräfte. „Wer zu lange an dem Ast sägt, auf dem er selbst sitzt, wird irgendwann abstürzen“, mahnte der sbb-Landesvorsitzende Günter Steinbrecht.  
(07/40/11)

## Delegiertentage beschließen Verschmelzung zur DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

**(dbb) Mit überwältigender Mehrheit haben die Delegiertentage der bundespolizeigewerkschaft bgv und des DPoIG-Fachverbandes Bundespolizei am 6. Oktober 2011 in Berlin dem Verschmelzungsvertrag zur Neugründung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft zugestimmt. Damit steht der Arbeit der neuen großen Berufsvertretung in der Bundespolizei mit über 10.000 Mitgliedern – das ist mehr als ein Viertel aller Bundespolizisten - unter dem Dach der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) nichts mehr im Wege.**

Zum neuen 1. Vorsitzenden wurde Ernst G. Walter (52) gewählt, zum 2. Vorsitzenden Hans-Joachim Zastrow (56).

Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt würdigte die „historische Bedeutung“ dieser Verschmelzung: „Die Interessenvertretung innerhalb der Bundespolizei hat mit dem heutigen Tag eine neue Dimension erhalten. Die Belange der Beschäftigten in der Bundespolizei werden dem Dienstherrn nun noch intensiver vorgebracht werden – ein gutes Ergebnis für die Bundespolizei und die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.“

Als vorrangiges Ziel der künftigen Arbeit bezeichnete der neue Vorsitzende Ernst G. Walter die „Bündelung und Stärkung der Interessenvertretung für die Angehörigen der Bundespolizei“. Dazu gehöre eine ausreichende personelle Ausstattung. Die Bundespolizeigewerkschaft dränge darauf, dass mindestens 800 bis 1.000 Polizisten jährlich eingestellt werden. „In diesem Jahr hat der Bund aber nur 450 neue Bundespolizisten eingestellt, das ist zu wenig“, sagte Walter.  
(08/40/11)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Wer Mindestlöhne missachtet, wird nur selten bestraft, weil für ausreichende Kontrollen das Personal fehlt. Auch die Vorschriften seien zu lasch. Diesen Missstand hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, **Klaus H. Leprich**, kritisiert. Dabei gelten für mehr als drei Millionen Menschen in Deutschland verbindliche Lohnuntergrenzen. „Die geltenden Gesetze reichen bei weitem nicht aus, um Mindestlöhne zu gewährleisten, die diesen Namen auch verdienen“, zitiert das Online-Portal evangelisch.de (10. Oktober 2011) den BDZ-Chef. Zudem fehlten dem Zoll mindestens 2.000 Mitarbeiter, um die Einhaltung der Lohnuntergrenzen wirksam kontrollieren zu können.

Nach Berichten um eine mögliche verfassungsmäßige Bedenklichkeit des so genannten Staatstrojaners (Spionage-Software im Auftrag von Behörden) hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, einen „Software-TÜV“ für behördliche Spionageprogramme gefordert. „Wir brauchen dringend ein Prüfsiegel, das die technische und rechtsstaatliche Unbedenklich-

keit von Überwachungssoftware bescheinigt“, sagte Wendt der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 11. Oktober 2011). Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zeigte sich offen für die Idee. Dafür zuständig sein könnte eine zentrale Stelle – „ob das nun ein TÜV ist oder ein Kompetenzzentrum oder ob es das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ist.“

Als „schlechten Scherz“ hat der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, die aktuelle Anzeigenkampagne der Bundesregierung „Deutschland wird Bildungsrepublik“ bezeichnet. Beckmann sagte am 7. Oktober 2011: „Die Verhandlungen des Bildungsgipfels 2008 sind bisher Fehlanzeigen. Das sehen auch vier Fünftel der Bundesbürger so.“ Laut einer forsa-Umfrage im Auftrag des VBE seien 84 Prozent der Bundesbürger der Auffassung, es werde nicht genug Geld ausgegeben für die Bildungsrepublik. „Jetzt für viel Geld wieder nur den üblichen Bauchladen voller Versprechungen anzupreisen, kann nur heißen, die Bundesregierung setzt bei den Bundesbürgern auf Gedächtnis-

schwund“, sagte Beckmann. „Wenn schon Anzeigen, dann mit der verbindlichen Aussage, bis 2015 sind die zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung gesichert.“

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) und der Bayerische Realschullehrerverband (brlv) haben den Bildungs-Leitantrag des CSU-Parteitages in Nürnberg am 9. Oktober 2011 begrüßt. Dieser sei „ein klares Bekenntnis zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie zur Bildungsqualität und fußt auf

soliden wissenschaftlichen Belegen“, erklärten der Bundesvorsitzende des VDR, **Jürgen Böhm**, und der Landesvorsitzende des brlv, **Anton Huber**. Sie begrüßten, dass „im Interesse der Kinder und Jugendlichen die bayerische Regierungspartei auf ideologisch begründete Schulexperimente auch in Zukunft verzichten wird“. Die hohe Qualität der Bildung, gerade auch der Realschulbildung und des Realschulabschlusses, verbiete derartige Bestrebungen, zeigten sie sich überzeugt. (09/40/11)